

# Mehr Schweden wagen

In Schweden haben Eltern die freie Wahl, ob sie ihr Kind auf eine staatliche oder private Schule schicken. Der Staat zahlt beides über Bildungsgutscheine. Der Wettbewerb tut dem Schulsystem gut.

*Von Alexander Schäfer*

Dem Lernen Flügel verleihen“ lautet das Motto des deutschen Schulpreises, einem Wettbewerb zwischen allgemeinbildenden Schulen. Die Evangelische Schule Neuruppin in Brandenburg, Gewinnerin des Hauptpreises im vergangenen Jahr, wurde für einige Ideen ausgezeichnet, wie Schule beflügeln kann: Musikunterricht in Kleingruppen, gemeinsame Gebete oder ein eigenes Schülerradio bietet sie an. Im deutschen Bildungssystem gibt es zwar viele Wettbewerbe, aber kaum Wettbewerb: In Schweden, das in vielen anderen Belangen stets gern zum Vorbild erhoben wird, ist das ganz anders. Da wurde mittels Bildungsgutscheinen – eine uralte, liberale Idee des Ökonomen Milton Friedman – Eltern eine größere Wahlfreiheit zwischen staatlichen oder privaten Schulen ermöglicht.

Die Erfahrungen sind gut, aber in Deutschland nimmt man das trotzdem kaum zur Kenntnis. Das Experiment begann schon vor mehr als 20 Jahren, als Carl Bildt Premierminister Schwedens wurde. Das skandinavische Land war vorher mehr als 50 Jahre lang von Sozialdemokraten regiert worden. Schwedens Volkswirtschaft steckte in der tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Teil der Antwort war eine Bildungsreform. Sie stellte die bisherige Schulfinanzierung auf den Kopf. Nicht mehr Beamte in Stockholm entschieden fortan, an welche Schule Eltern ihre Kinder schicken. Nicht mehr Bildungspolitiker sollten bestimmen, was die beste Unterrichtsform sei. Der Elternwille sollte an die Stelle politischer Maßgaben treten, mit einem Wettbewerb privater und öffentlicher Schulen als Folge.

In Schweden werden seit der Bildt'schen Reform die Gutscheine von den Kommunen ausgestellt. Die nationale Regierung gibt grobe Rahmenrichtlinien vor, die Eltern und Schüler können jedoch die Schule in ihrer Gemeinde frei wählen. Die Höhe des Gutscheines, umgerechnet etwa 10 000 Euro pro Jahr, entspricht den durchschnittlichen Kosten des Schulbesuchs. Die Gutscheine haben einen ökonomischen Anreiz zur Gründung privater Schulen geschaffen. Nach Angaben der schwedischen Bildungsagentur Skolverket ging im Jahr 2009 etwa jeder fünfte Schüler auf eine Schule in freier Trägerschaft. In Deutschland sind das laut dem Verband deutscher Privatschulverbände rund ein Zwölftel der Schüler.

Grundschulen müssen die Kinder in der Reihenfolge der Anmeldungen aufnehmen. Weiterführende Schulen nehmen Bewerber streng nach Vornoten auf. Noten werden in Schweden erst ab der achten Klasse gegeben, erst nach der neunten können die Schüler ein dreijähriges Gymnasium besuchen. „Die Schulreform hat zu einer größeren Vielfalt des Angebots geführt und die Qualität der Schulen verbessert“, sagt Anders Böhlmark, Bildungsökonom an der Universität Stockholm. Auch der Münchner Ökonom Ludger Wößmann vom Ifo-Institut hat in Untersuchungen (für Deutschland) gezeigt, dass der Anteil von Schulen in freier Trägerschaft positiv mit Testergebnissen in „Pisa“-Tests korreliert.

„Wie wird man Weltbürger?“, steht auf dem Stundenplan an der schwedischen KunsKapsskolan. Der Schulname heißt auf Deutsch: „Schule des Wissens“. Die Klassen umfassen maximal 20 Schüler, einmal pro Woche bekommt jeder von ihnen Einzelunterricht, sie wählen das

Lerntempo selbst, kein Schüler kann sitzenbleiben – das übliche Mantra, wenn über das Pisa-Vorzeigeland Schweden geschrieben wird. Hinter KunsKapsskolan steckt jedoch ein kommerzielles Schulunternehmen, das 36 Schulen in Schweden betreibt. Nicht nur KunsKapsskolan, sondern ungefähr zwei Drittel der freien Schulen in Schweden arbeiten gewinnorientiert. Dabei müssen sich die privaten Schulen ausschließlich von den Gutscheinen finanzieren, keine Krone dürfen sie mehr verlangen. „Wir können aber besser rechnen und sind effektiver als die staatlichen Schulen“, sagt Cecilia Carnefeldt, Vorstandsvorsitzende von Kuns-

kapsskolan. Glaubt man der Bildungsunternehmerin, so ist die „Mentalität“ der Pädagogen hier eine andere. Deren Gehalt bemisst sich daran, wie Schüler und Eltern – die offenbar für diese Aufgabe als kompetent eingeschätzt werden – sie bewerten. Nicht alle Lehrer kämen damit klar. Die meisten schätzten jedoch die größere Anerkennung, die sie verglichen mit ihren Kollegen an öffentlichen Schulen erfahren. Die Folge: Die Lehrer seien motivierter. Die leistungsabhängige Bezahlung ist für Carnefeldt der Hauptgrund für bessere Schülerleistung: Nach eigener Darstellung schneiden „ihre“ Schüler in zentralen Klausuren um etwa 12 Prozent besser als der Landesdurchschnitt ab.

„Nur die Tyrannei des Status quo lässt die Leute glauben, dass das Staatsmonopol der beste Weg ist unsere Kinder zu bilden“, schrieb der greise Milton Friedman im Jahr 2004. Heute hat seine Idee der Gutscheinfinanzierung auch in den Vereinigten Staaten eine bunte Befürworterschaft: Wirtschaftsliberale Republikaner und Afroamerikaner, die ihre Kinder lieber auf christliche Schulen schicken, kämpfen an der ideologischen Front gegen Lehrgewerkschaften, die eine umfassende Privatisierung befürchten. Im Gegensatz zu Schweden gibt es in den Vereinigten Staaten kein universelles Gutscheinprogramm. Dreizehn Bundesstaaten, darunter Florida, Arizona und Pennsylvania, nutzen allerdings solche

Programme, um Bedürftige zu unterstützen. „Wohnort und Schulqualität hängen stark miteinander zusammen“, sagt David Figlio, Professor an der Northwestern University in Chicago und Leiter des Instituts für Policy Research. Gutscheine ermöglichen es Schülern, die Gebühren an Privatschulen zu bezahlen oder zu pendeln, damit sie eine Schule in einem gutbürgerlichem Viertel besuchen könnten.

Schwedens Gutscheinmodell scheint auf Deutschland nicht übertragbar zu sein. Keine Partei hat das Modell auf der Agenda. „Das deutsche Schulsystem ist im höchsten Maße intransparent“, meint dabei Figlio aus amerikanischer Perspektive. Wichtige Informationen würden den Eltern vorenthalten, denn Evaluierungen des Unterrichts, Noten der Abiturprüfungen werden nicht veröffentlicht. Die Konsequenz: Eltern haben kaum eine objektive Entscheidungsgrundlage bei der Schulwahl. Das wäre aber eine Voraussetzung für Wettbewerb.

In Großbritannien, zum Beispiel, werden detaillierte Rankings veröffentlicht. In Deutschland hingegen müssen sich die Eltern auf den vermeintlich „guten Ruf“ der Institution und deren „Schulpropaganda“ verlassen, wie Jürgen Oelkers, Züricher Erziehungswissenschaftler, das Buhlen der Schulen um Bewerber nennt. Fast jede Schule hat eine Website zur Außendarstellung. Man liest dort Werbe-Phrasen wie „Die soziale Schulqualität

hat eine große Relevanz im Schulalltag“, es wird von Segel- oder Schacharbeitsgemeinschaften berichtet. Es wirkt so, als sei Transparenz nicht gewollt: In Niedersachsen werden, wie in Hessen oder Nordrhein-Westfalen, zwar Schulinspektionen durchgeführt. Das niedersächsische Kultusministerium verkündete Anfang 2013, dass nun alle öffentlichen Schulen inspiziert worden seien.

Private Schulen treten auch in Deutschland zunehmend auf den Plan, allerdings nicht auf Augenhöhe. Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln werden nur 50 bis 60 Prozent der Kosten eines privaten Schulplatzes von öffentlichen Geldern gedeckt. Der Rest muss über Schulgeld und Spenden finanziert werden, oder die Schulen müssen besser wirtschaften. Die Lehrer verdienen oft weniger. Überhaupt ist es für die Privatschulen im bestehenden System viel schwieriger, am Arbeitsmarkt gute Lehrer zu finden. „Der Beamtenstatus verzerrt den Wettbewerb aufgrund der De-facto-Unkündbarkeit und der Pensionsansprüche“, sagt Ludger Wößmann vom Ifo-Institut. Das schwedische Unternehmen Kunskapsskolan hat sich auch deswegen in Deutschland noch nicht betätigt. Es exportiert mittlerweile sein Unterrichtsmodell in die Vereinigten Staaten, nach England und neuerdings auch Indien. In der Nähe von Delhi wurde in diesem Jahr eine erste Schule gegründet.